folgen, weil bei der Kompliziertheit und Folgenschwere die Frage zur Beschlußfassung noch nicht erschöpfend vorbereitet war. Der Reichskanzler wird wahrscheinlich im Laufe des Juni zu einem Gegenbesuche in Wien eintreffen.

Zur litauischen Frage

(Privattelegramm)

+ Berlin, 14. Juni

Die „B. Z. am Mittag" berichtet heute: Ungeachtet des Widerstandes, der in der gesamten öffentlichen Meinung gegen die geplante Personalunion zwischen Sachsen und Litauen erhoben wird, setzen maßgebende Kreise ihre Bemühungen fort, dem sächsischen Königshause die Großfürsten- oder Herzogskrone von Litauen zu verschaffen. Wie wir hören, beabsichtigt Staatssekretär v. Kühlmann heute nach Stuttgart zu reisen, um vor allem den Widerstand Württembergs gegen die sächsische Lösung zu beseitigen. Es ist bekannt, daß nach dem Wunsche der Mehrheit des litauischen Landesrates Herzog Wilhelm v. Urach, ein Mitglied des württembergischen Königshauses, als selbständiger Fürst Litauens Krone erhalten soll. Herrn v. Kühlmann ist nun die Aufgabe übertragen worden, die maßgebenden württembergischen Persönlichkeiten zu veranlassen, daß sie ihrerseits einer Personalunion Litauens mit einem deutschen Bundesstaat, und zwar mit Sachsen, zustimmen. Das genannte Blatt äußert dazu noch: Wir unserseits haben diese Idee bereits wiederholt als höchst unglücklich bezeichnet, u. a. auch aus dem Grunde, weil Litauen und Sachsen nicht einmal eine gemeinsame Grenze haben, und können unsre Bedenken gegen die geplante sächsische Lösung nur in verstärktem Maße wiederholen.

•

Diese wahrscheinlich aufsehenerregende Meldung hat uns veranlaßt, an maßgebender Stelle Erkundigungen einzuziehen, und wir können danach mitteilen, daß gegenwärtig die litauische Frage vollkommen ruht. Staatssekretär v. Kühlmann reist nicht wegen der litauischen Angelegenheit nach Stuttgart, sondern macht dort nur den üblichen Antrittsbesuch, genau wie vorher in München und Dresden. Es kann, wie uns ferner maßgeblich erklärt wird, schon deshalb nicht von der Rede sein, daß der Widerstand der württembergischen Regierung die Rede sein, weil ein solcher Widerstand aus Württemberg gegen irgendwelche sächsische Wünsche niemals erhoben worden ist. Uebrigens wird uns versichert, daß auch von Sachsen aus in der litauischen Sache in keiner Weise agitiert werde. Zweifellos werde sich der Staatssekretär mit dem Ministerpräsidenten v. Weizsäcker über die schwebenden politischen Fragen unterhalten, aber ebenso zweifellos sei es ausgeschlossen, daß er nach Stuttgart reise, um wegen Litauens sächsische gegen württembergische Wünsche zu vertreten. Davon müßte man doch schließlich in Dresden etwas wissen.

Soweit unsre zuverlässige Information. Wir möchten dem hinzufügen, daß der Berichterstatter der „B. Z." wahrscheinlich von dem württembergischen Widerstand gegen die Angliederung Elsaß-Lothringens und gegen die bayrische Politik ausgeht. Dieser Widerstand besteht allerdings fort. Und das ist auch wohl ein Hauptgrund dafür, daß auch die „elsaß-lotheringische Frage" gegenwärtig vollkommen „ruht".

Die Krise in Oesterreich

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 14. Juni

Die Ueberraschung wegen des plötzlichen Wechsels des Innenministers dauert an. Wohl war bekannt, daß Graf Toggenburg, der früher Statthalter von Tirol war, wegen seiner Toleranz gegen die Tiroler Sozialdemokraten bei den Christlichsozialen unbeliebt sei, ebenso bei den deutschböhmischen Abgeordneten wegen seiner inneren Gegnerschaft gegen die Kreisverordnung. Aber die partielle Ministerkrise war dennoch überraschend, weil die Lage der ganzen Regierung derzeit kritisch ist. Die Erklärung für die Entlassung Toggenburgs, die übrigens auch ihm selbst unverhofft kam, hat darin gelegen, daß er für die unbedingte Einberufung des Parlaments eintrat, während der Ministerpräsident von den Parteien die Erfüllung von Voraussetzungen dafür verlangte. Die Frage der Sommertagung des Reichsrates ist noch nicht entschieden, sie gilt aber heute als unwahrscheinlich. Allein auch ohne Tagung wird gemäß Seidlers Versprechen kein Paragraph-14-Regime eintreten, sondern ein ex lex-Zustand bestehen. Uebrigens würden bei einem Paragraph-14-Regime alle Wirtschaftsminister, die Minister für Handel, Ackerbau und Eisenbahnen sowie der Finanzminister demissionieren. Bedauerlich ist es, daß der Minister für die polnischen Angelegenheiten Twardowski die Folgerungen aus den Krakauer Beschlüssen ziehen will.

Der Kaiser hat den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und den Unterrichtsminister Swiklicki in besonderer Audienz empfangen. Der gestrige Ministerrat dauerte 3½ Stunden. Die politische Lage wurde eingehend besprochen. Es wurde jedoch kein Beschluß gefaßt. Man will abwarten, bis die Ukrainer und Polen ihre endgültigen Beschlüsse gefaßt haben werden.

Letzte Nachrichten und Telegramme

Die „Schlacht von Paris"

× Bern, 14. Juni. Unter Bezugnahme auf die im „Journal de Genève" aufgetauchte Bezeichnung „Schlacht von Paris" schreibt der militärische Mitarbeiter des Berner „Intelligenzblattes": Handelt es sich auch nicht oder noch nicht um eine Schlacht von Paris, so doch um Paris, da auch der neue Kampf an der Marne in der Richtung von Straßen liegt, die nach Paris führen. Man kann daraus vor allem auf die schonungslose Energie der deutschen Führung schließen, die nicht zurückschreckt, nur um einer Frontverbesserung willen mit der Masse des Gegners zusammenzustoßen. Aber es paßt zu der Aeußerung, die Ludendorff im März vor Pressevertretern hat fallen lassen, daß der Kampf mit den gewaltigen Reserven des Gegners gesucht werde, weil die Entscheidung gesucht werden müsse. Es gehört eine ungeheure Beweglichkeit der Führung dazu, mit denselben Truppen, die hier geschlagen haben, vier Tage darauf dort aufzutreten.

Die Beschießung von Amiens

+ Genf, 14. Juni. (Priv.-Tel.) Wie Schweizer Blätter berichten, wird Amiens erneut stark beschossen. „Journal des Débats" berichtet, daß die berühmten Gemälde von Amiens seit einer Woche in Sicherheit gebracht werden. Ein Teil des Museums wurde durch Granaten zerstört.

Weiterer Rücktritt eines österreichischen Ministers

u. Wien, 14. Juni. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Wie die „Zeit" mitteilt, wird auch der Minister für soziale Fürsorge Dr. Mataja seine Demission geben.

Aus Stadt und Land

Dresden, 14. Juni

Fürsorge für Angehörige von Kriegsbeschädigten in Krankheitsfällen

Von Bürgermeister Dr. Luppe in Frankfurt a. M.

Die Kriegsbeschädigten sollen dauernd vor der Armenpflege bewahrt, in ihrer sozialen Schicht erhalten werden. Das wird für den gewöhnlichen Lauf der Dinge erreicht werden, wenn die Rentengesetzgebung ausgebaut, ausreichende Renten gewährt werden und den Kriegsbeschädigten ausreichende Arbeitsgelegenheit zur Verfügung steht. Wie steht es aber, wenn der Kriegsbeschädigte erkrankt oder eines seiner Familienmitglieder? In ersterem Falle wird die gesetzliche Krankenversicherung ihn wenigstens vor äußerster Not bewahren, aber sie wird meist nicht einmal verhindern können, daß er mit seiner Familie in Rückstand oder Schulden gerät. Vollends ist er aber außerstande, sich selbst zu helfen, wenn für Frau oder Kinder ärztliche Hilfe, Heilmittel und gar Krankenhausaufnahme, Anstaltspflege, Kurenaufenthalt usw. notwendig werden. Hier kann auch die beste Rentengesetzgebung nicht helfen, hier muß die Armenpflege eingreifen, wenn die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge nicht in der Lage ist, die Kosten ganz oder teilweise zu übernehmen.

Für diese große Aufgabe und die recht erheblichen Kosten geordneter Familienkrankenhilfe soll die Ludendorffspende die Mittel schaffen; jede Gabe für diese Nationalspende hilft dazu, den Männern, die ihre Gesundheit für uns alle geopfert haben, die Sorgen für ihre Familie und um ihre Existenz zu mildern.

•

Stadtverordnetensitzung

Zu Beginn der Sitzung teilt Vorsteher Dr. Sibckel mit, daß eine Vorlage des Rates wegen Errichtung einer Feuerwache in Vorstadt Plauen den Stadtverordneten nicht vor dem 1. April 1919 zugehen wird. Von dieser Mitteilung wird Kenntnis genommen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Wahl eines besoldeten Stadtrats

Als Kandidaten sind vorgeschlagen: Ratsassessor Dr. Albrecht in Dresden, Bürgermeister Gründer in Forst in der Lausitz, Sparkassendirektor Dr. Graupner in Dresden und Stadtrat Dr. Theisig in Dresden. Es werden 60 gültige Stimmzettel abgegeben. Davon fallen 33 auf Bürgermeister Gründer, 27 auf Sparkassendirektor Dr. Graupner. Damit ist Bürgermeister Gründer gewählt. — Das Schreiben des Vorstandes des Sächsischen Ingenieur- und Architektenvereins, in dem er gebeten hat, bei einer Ausschreibung der Stelle des Stadtrats Dr. Krüger die Bewerbung nicht von dem Nachweise juristischer Vorbildung abhängig zu machen, wird für erledigt erklärt.

Zu der Vorlage des Rates wegen Errichtung eines Nachtrages zur Bauordnung zu

Bauerleichterungen für Kleinwohnungsbauten

schlägt der Rechtsausschuß vor, den aufgestellten Bedingungen mit einer Aenderung zuzustimmen und den Rat zu ersuchen, außer den bereits vorgeschlagenen noch weitere vorhandene Möglichkeiten für Ersparnisse bei Kleinwohnungsbauten auf dem Gebiete des Tiefbaues zu prüfen, so beim Bau schmaler Wohnstraßen entsprechende Verringerung der Anliegerleitungen oder gemeinsamen Schleusenanschluß von zwei oder mehr Kleinwohnungshäusern. Der Rat möge den Stadtverordneten entsprechende Vorschläge machen. Die Anträge des Ausschusses werden ohne Aussprache angenommen.

Der Verwaltungsausschuß empfiehlt zur Frage der

Unterbringung von Kindern auf dem Lande,

entsprechend den Vorschlägen des Rates aus dem Gemeinnützigen Fonds 200 000 Mk. für 1918 zur Unterbringung von Kindern aus den Dresdner Volksschulen auf dem Lande zu bewilligen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die Haftung für den durch die untergebrachten Kinder angerichteten Schaden übernommen wird, wenn dies zur Bedingung für die Zulassung der Kinder gemacht wird. Außerdem soll der Rat ersucht werden, die Eltern von Schülern höherer Schulen mit einem Geldbetrag zu unterstützen, wenn sie bedürftig sind, und eine Pflegestelle nachzuweisen. — Auch diese Anträge werden ohne Aussprache angenommen.

St.-V. Thierfelder begründet darauf den von ihm gestellten Antrag, den Rat um Auskunft zu ersuchen, ob es zutrifft, daß dem Reidlschen Unternehmen in Niederwartha kürzlich

50 000 Stück verdorbene Eier

für den Preis von 2000 M. geliefert worden sind. Die Angelegenheit ist schon im Bezirksausschuß besprochen worden, eine Berichtigung, die darauf veröffentlicht worden ist, war nicht klar. Der Antragsteller verlangt deshalb Auskunft, ob und wieviel Eier verdorben sind und was mit diesen geschehen ist.

Stadtrat Arras: Es ist nur zu begrüßen, daß Gelegenheit gegeben wird, über diese Angelegenheit zu sprechen. Dem Reidlschen Unternehmen sind einmal Schalen zerbrochener Eier geliefert worden. Von der Einkaufsgesellschaft Ostsachsen sind im Mai vorigen Jahres an Reidl über 80 000 verdorbene Eier zur Herstellung von Kükenfutter abgegeben worden. Die Schwierigkeiten des Eierhandels sind unter normalen Verhältnissen derart, daß von jeder Kiste (1440 Stück) 60 Eier als verdorben gelten. Im Kriege hat sich die Zahl der verdorbenen Eier wesentlich erhöht, weil lufttrockenes Verpackungsmaterial und geübte Packer fehlen und bei den Verschiebungsarbeiten auf der Bahn größere Mengen zerbrechen. Von den 600 000 Eiern, die in Dresden bei jeder Verteilung gebraucht werden, verderben in normalen Zeiten 24 000 Stück. Jetzt ist dieser Satz noch höher.

St.-V. Kühn rügt die mangelhafte Berichterstattung des „Anzeigers", durch die in dieser Angelegenheit viel Verwirrung angerichtet worden ist.

St.-V. Leßmann I stimmt dem bei. Die „Dresdner Neuesten Nachrichten" haben sich bei der Besprechung der Angelegenheit nicht auf die Mitteilung des Rats beschränkt, sondern Erkundigungen von Reidl eingezogen. Der Rat sollte der Presse genaue Mitteilungen zugehen lassen. Im Schlachthof sind große Mengen Eier infolge mangelhafter Lagerung verdorben.

Stadtrat Arras: Die Mitteilungen an die Presse sind in der Pressebesprechung erfolgt. Für die Verkaufsgesellschaft Ostsachsen sind im vorigen Jahre über 20 Millionen Eier eingegangen, von denen etwa 400 000 Stück verdorben sind.

St.-V. Herbst: Hätte man dem freien Handel den Vertrieb der Eier überlassen, würden sich die Händler, die für Geld in der Ware angelegt haben, bemüht haben, zu vermeiden, daß größere Mengen verderben.

St.-V. Thierfelder: Eine klare Auskunft, wieviel Eier verdorben sind, hat der Rat nicht gegeben.

Der Antrag wird darauf angenommen.

Schließlich sind noch

zwei dringliche Anträge

eingebracht worden.

St.-V. Kühn fragt, was an der Pressemitteilung wahr sei, daß vom Landesernährungsamt den Gemeinden und den Organisationen der Gasthausinhaber Butter, Bohnenmehl usw. angeboten worden sein soll. Es handle sich dabei vielleicht um teuer erworbene Lebensmittel. Es wäre aber wohl richtiger, diese Nahrungsmittel der Allgemeinheit zuzuführen und die Mehrkosten aus allgemeinen Mitteln zu bestreiten. Der Rat möge beim Landesernährungsamt vorstellig werden und feststellen, ob diese Angaben den Tatsachen entsprechen und um welche Mengen es sich handelt.

Der Antrag wird angenommen.

St.-V. Tänzler stellt einen Antrag wegen der Versorgung mit Heidelbeeren und ersucht darin um Auskunft, welche Maßnahmen der Rat erlassen hat. St.-V. Kühn wünscht dabei Auskunft über die Einfuhr von Erdbeeren.

Der Antrag wird darauf angenommen.

•

Kriegswirtschaft

Milderungen hinsichtlich der Genehmigungspflicht für Ersatzmittel

Der Verband Sächsischer Industrieller hatte in einer Eingabe an das Ministerium des Innern darauf hingewiesen, daß die in der Bekanntmachung des Kriegsernährungsamtes vom 8. April 1918 vorgenommene Einbeziehung zahlreicher Produkte, die entweder gar keine eigentlichen Ersatzmittel sind oder doch als solche schon lange vor Kriegsausbruch, manche davon schon seit 50 Jahren fabriziert werden, in den beteiligten Kreisen als eine unnötige und äußerst drückende Maßnahme empfunden wird. In der dem Verband vom Ministerium des Innern zugegangenen Antwort wird bemerkt, daß auch das Ministerium Maßregeln für notwendig hält, um die Anzahl der genehmigungspflichtigen Ersatzmittel, vor allen Dingen Essenzen, künstliche Fruchtaromas, Limonaden, Mineralwässer usw., zu beschränken.

•

Unsre Lebensmittel

Butterverteilung

Mittwoch den 19. und Donnerstag den 20. Juni wird die Karte „Juni Q" mit ½ Pfund Butter beliefert.

1 Pfund Rübensauerkraut

wird auf Ausweis „188" der Lebensmittelkarte abgegeben. Anmeldung der Ausweise am 15. oder 17. Juni.

Neue Höchstpreise für Kirschen, Erdbeeren und Stachelbeeren

Mit sofortiger Wirksamkeit sind vom Ministerium des Innern für das Gebiet des Königreichs Sachsen folgende Höchstpreise für das Pfund (in Mark) festgesetzt worden:

	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
Süße Kirschen	—,40	—,54	—,70
Preß-, Brenn- und Marmeladekirschen	—,20	—,28	—,35
Erdbeeren	1,20	1,50	1,65
Preß- und Marmeladeerdbeeren	—,75	1,—	1,10
Walderdbeeren und Monatserdbeeren	1,80	2,10	2,25
Weinbergserdbeeren	2,—	2,45	2,60
Stachelbeeren (reif u. unreif)	—,45	—,60	—,70

Ueberwachung der Gemüsepreise

Wie vom Sächs. Kriegswucheramt, Dresden-N., Niedergraben 5, mitgeteilt wird, lassen die Auslagen der Grünwarenhandlungen zur Zeit in Bezug auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften wieder viel zu wünschen übrig. An sehr vielen der ausgelegten Waren fehlen die Preisschildchen. Außerdem scheint bezüglich Kohlrabi ein Mißverständnis obzuwalten. Seit dem 2. Juni d. J. darf Kohlrabi nur noch nach Gewicht, und zwar nicht teurer als zu 35 Pf. das Pfund, verkauft werden. Erlaubt ist dabei, daß die obenstehenden Blätter mitgewogen werden. Die Seitenblätter müssen entfernt sein. Nach wie vor wird Kohlrabi noch stückweise zu hohen Preisen verkauft, mit dem Einwande, daß dies Treibhausware sei. Höchstpreisfrei ist jedoch nur Gemüse, das bis zur Ernte unter Glas gezogen wurde. Gemüse, das in offenen Mistbeetfenstern gewachsen ist (sog. Kastenware) muß zum Höchstpreise verkauft werden, da es nicht in die Gruppe der unter Glas gezogenen Gemüse fällt. Das Kriegswucheramt und die andern zuständigen Stellen werden diesen Verhältnissen besondere Aufmerksamkeit zuwenden und nötigenfalls mit Strafanzeigen vorgehen.

•

— **Fürs Vaterland fielen** Vizefeldwebel Offizier-Aspir. Walter Quasdorf, Vizefeldwebel Adolf Eschelle, Sergeant Alfred Richter, Obergefreiter Straßenbahnschaffner August Purucker, Gefreiter Artur Lamaleist, Kanonier Alwin Hieckmann, Rudolf Keßler, die Funker Herbert Bauer und Hermann Kurt Luther.

— **Stadtrat Müller-Gelinek scheidet aus dem Rate.** Der Gesamtrat nahm in seiner letzten Sitzung mit Bedauern davon Kenntnis, daß Stadtrat Müller-Gelinek wegen Aufgabe seines Dresdner Wohnsitzes am 1. Oktober aus dem Ratskollegium ausscheidet. Realschuldirektor Müller-Gelinek gehörte dem Stadtverordnetenkollegium von 1896 bis 1903 an. Am 1. November 1906 trat er wieder als Ersatzmann in das Kollegium ein, wurde 1908 zum Schriftführer gewählt und schied Ende 1909 wieder aus dem Kollegium aus. Bei den Stadtratswahlen am 3. November 1910 wurde er als Nachfolger des Stadtrats Adam als unbesoldetes Ratsmitglied gewählt und gehört seit Anfang des Jahres 1911 dem Rat an. Er ist der dritten Ratsabteilung zugeteilt und ist Verwalter des Stadtkrankenhauses Friedrichstadt und gehört einer Reihe gemischter Ausschüsse an: dem Ausschuß für örtliche Verbesserungen im Schulwesen, dem Ausschuß für das Armenwesen, dem Stiftshausschuß, dem Krankenpflegeausschuß, dem Wohlfahrtspolizeiausschuß und dem Ausschuß für das städtische Rechnungswesen und das Statistische Amt. Die Stadtverordneten sind ersucht worden, rechtzeitig eine Ersatzwahl vorzunehmen.

— **Stadtrat Gründer,** der in der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag abend an Stelle des Stadtrats Krüger gewählt wurde, ist am 17. September 1877 in Ebersbach in Sachsen geboren. Den Vorbereitungsdienst leistete er nach dem juristischen Studium in Dresden in Rechtsanwaltskanzleien. Darauf ging er nach Leipzig, wo er als Polizeiassessor, Ratsassessor und Stadtamtmann tätig war. Nachdem er Gemeindevorstand in Leipzig-Schönefeld gewesen war, kam er 1913 als zweiter Bürgermeister nach Forst in der Lausitz. Seit Kriegsausbruch war er dort Vertreter des Oberbürgermeisters.

— **Neueinrichtungen bei den Steuerämtern der Stadt.** Der große Umfang verschiedener Steuerkassenbezirke, namentlich der acht größten Steuerstellen Altstadt, Johannstadt, Striesen, Südvorstadt, Wilsdruffer Vorstadt, Löbtau, Neustadt und Pieschen hat in der Steuererhebung zu Unzuträglichkeiten geführt. Der Rat hat deshalb beschlossen, vom 1. April 1919 an die bisherigen Nebenkassen des Steueramtes in selbständige Steuerkassenstellen mit eigenen Kassenbezirken und Buchhaltereien umzuwandeln und die Kassen- und Buchhaltereibezirke derart zu verkleinern, daß auf jeden Bezirk nur zwei Staatssteuerdistrikte mit durchschnittlich 8000, höchstens aber 10 000 Steuerpflichtigen entfallen. — Das Steueramt hat für das Reich den Wehrbeitrag, die Besitzsteuer, die Kriegsabgabe und den Warenumsatzstempel einzuheben, wozu durch die jetzt vom Reichstag beratene neue Reichssteuervorlage weitere Einhebungsgeschäfte kommen werden. Deshalb soll beim Steueramt eine besondere Abteilung für Reichssteuern unter der Bezeichnung „Reichssteuerstelle" eingerichtet werden. Die Zunahme der Buchhaltereiarbeiten bei der Hauptkasse des Steueramtes, nicht zuletzt auch durch das Anwachsen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, macht die Errichtung einer steueramtlichen Hauptbuchhalterei nötig. Vom 1. Januar 1919 an soll für diese die Stelle des Vorstehers herausgehoben werden. Auch macht sich die Gründung neuer Stellen erforderlich. Durch das Gemeindesteuergesetz, namentlich seine Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, sind auch die Registratur- und Kanzleiarbeiten des Steueramtes erheblich angewachsen, vor allem auch durch Zunahme der Rechtsmittel. Deshalb soll das Personal der steueramtlichen Registratur verstärkt werden. Durch diese Neuordnung entstehen an einmaligen Ausgaben 31 500 M., denen eine laufende Ersparnis von 17 150 Mark gegenübersteht, sowie laufende Mehrausgaben von 36 884 M. Zur Deckung dieser Kosten, die zum Teil durch die Erhebung von Reichssteuern verursacht werden, stehen die Einnahmen an Erhebungsgebühren für diese Steuern zur Verfügung. Zu diesen Beschlüssen des Rates ist die Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich.

— **Tiefbauten nach Friedensschluß.** Um bei Beendigung des Krieges sofort Arbeitsgelegenheit schaffen zu können, ist eine Anzahl bereits bewilligter tiefbaulicher Ausführungen zu sofortiger Inangriffnahme nach Friedensschluß vorbereitet worden. Infolge der seit ihrer Veranschlagung eingetretenen Steigerung von Materialpreisen und Löhnen macht sich die Nachbewilligung von etwa 330 000 M. erforderlich, die vom Rat beschlossen worden ist. Die Stadtverordneten sind um Zustimmung zu diesem Beschlusse ersucht worden.

— **Meldung im wehrpflichtigen Alter stehender Personen.** Nach einer Entscheidung des Kgl. Kriegsministeriums haben sich zur Durchführung der restlosen Kontrolle aller im wehrpflichtigen Alter stehenden Personen auch diejenigen zur Stammrolle und Landsturmrolle zu melden, die zu Zuchthausstrafen verurteilt worden sind, durch Straferkenntnis aus dem Heere oder der Marine entfernt wurden oder mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf bestimmte Zeit belegt sind, soweit sie sich im wehrpflichtigen Alter befinden. Als Wehrpflichtige haben zu gelten: Gediente Leute, die am 16. August 1899 und später geboren sind, ungediente Leute, die am 4. Dezember 1900 und später geboren sind. Die unter diese Bestimmung fallenden Personen haben sich, soweit sie in Dresden wohnen bzw., falls sie keinen bestimmten Wohnsitz haben, in Dresden geboren sind, in der Zeit vom 15. bis mit 30. Juni 1918 zur Stammrolle und Landsturmrolle anzumelden, und zwar diejenigen, die gedient haben, bei dem zuständigen Bezirkskommando und diejenigen, die nicht gedient haben, bei dem städtischen Militär- und Quartieramt, Lüttichaustraße 16, 1., Zimmer 6. Bei der Meldung sind die Militärpapiere oder, sofern solche noch nicht ausgehändigt sind, die Geburtsurkunde vorzulegen. Zur Meldung sind, wenn der Betreffende sie aus irgendwelchen Gründen nicht selbst ausführen kann, die Angehörigen oder die Arbeitgeber verpflichtet. Wer als Wehrpflichtiger oder Landsturmpflichtiger dem Aufrufe zur Eintragung in die Stammrolle oder Landsturmrolle in der vorgeschriebenen Zeit nicht Folge leistet, wird nach den gesetzlichen Bestimmungen mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft, wenn nicht noch dem Militärstrafgesetzbuch noch höhere Bestrafungen eintreten.

— **Wetterbericht.** Der Donnerstag war anfangs von klarem Wetter begleitet. Das Temperaturmaximum betrug + 22,8 Grad C. Nachmittags jedoch umzog sich der Himmel mit Altokumuluswolken. Infolgedessen trat auch in der Nacht zum Freitag keine merkliche Abkühlung ein, so daß am Freitag früh die Temperatur wieder + 15,5 Grad betrug. Außerdem war es neblich und ziemlich schwül. — Das Wetter am Sonnabend: Meist trübe, Temperatur normal, Niederschläge.

— **Im Zirkus Sarrasani** ist Sonntag, 16. Juni, die letzte Aufführung von „Maccaroni". Von Montag ab bietet Sarrasani ein buntes, humoristisches Programm. Auch für Sonnabend sind zwei Vorstellungen angesetzt.

— **Die Stellenvermittlung des deutschen Frauenbundes,** bisher Matildenstraße 22, 1., verlegt am 15. Juni ihre Bureauräume nach Portikusstraße 1.

•

Pgn. **Dippoldiswalde.** (700jähriges Bestehen der Stadt.) Mit dem 11. Juni 1218 beginnt die 700jährige Geschichte des urkundlichen Bestehens von Dippoldiswalde als Stadt. Die städtischen Kollegien veranstalteten infolgedessen im Kreise einer Anzahl geladener Gäste und der städtischen Beamten im festlich geschmückten Ratskeller eine Festsitzung.

r. **Stetzsch.** (Dörrkohlrüben und Mischgemüse) zur Streckung der Kartoffelvorräte am 15. Juni von 8 bis 9 Uhr in der Freibank.

g. **Kemnitz.** (Nährmittel.) Auf Abschnitt II der Nährmittelkarte am 15. Juni auf Karte A und D ½ Pfund Grieß, B und C ½ Pfund Suppen.

Neues vom Tage

Brand der Neuen Hierbande

Niedergebrannt ist, wie aus Filmsberg gemeldet wird, die in Touristenkreisen weitbekannte, auf dem Kamm gelegene Neue Hierbande. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt.

Revolverattentat auf einen Arzt

Ein Steuerbeamter aus St.-Omer namens Machu erschien im Arbeitszimmer des ehemaligen Senators und Mitgliedes der medizinischen Akademie Dr. Pozzi. Dort gab er drei Revolverschüsse auf Pozzi ab und erschoß sich selbst. Dr. Pozzi wurde von zwei Kugeln getroffen nach dem Hospital gebracht, wo er seinen inneren Verletzungen erlag. Der 72 Jahre alte Arzt wird von seiner Umgebung für das Opfer eines Irrsinnigen gehalten.

Ausbrüche des Aetna

Die „Neue Züricher Zeitung" meldet von der italienischen Grenze: Der Vulkan Aetna ist wieder in voller Tätigkeit. Aus dem 1911 entstandenen Krater ergießt sich die Lava über die Berghänge. Die bereits durch Erdbeben gewarnten Bewohner der umliegenden Ortschaften befürchten Schlimmes und bringen die Nächte im Freien zu. Vorsichtshalber wurden von den Behörden mehrere Orte am Fuße des Vulkans geräumt.

1. Klasse der 173. Kgl. Sächs. Landeslotterie

(Ohne Gewähr.)

Ziehung vom 15. Juni 1918

30 000 M. auf Nr. 8064

20 000 M. auf Nr. 90171

5000 M. auf Nr. 17851 53928

3000 M. auf Nr. 18220 75202

2000 M. auf Nr. 18473 39709 49011 56809 87101

1000 M. auf Nr. 8501 12375 27408 31780 88206 101030

500 M. auf Nr. 4008 7500 9020 10907 15600 17349 17859 20720 22008 25401 30552 38215 38246 52808 63284 65346 66784 71605 81880 83800 85838 86308 86348 86480 89063 91181 96429 99502 107182 108577

200 M. auf Nr. 197 1887 2858 4745 7904 8147 10587 10601 14722 17907 19854 20536 21043 21575 23407 30358 30655 30828 32506 39180 39043 52303 54159 56562 58586 40816 41889 42328 43434 44069 45677 45688 46834 47078 47818 48928 50472 51125 53139 53201 54687 55048 55178 55348 56562 57088 57086 57475 58189 58165 59848 61876 62256 65829 66014 66765 68008 69293 69689 69919 70381 75870 76762 77640 78548 79856 79877 80809 80558 80069 82582 83909 88619 89090 84280 88410 90044 90187 94361 96196 102364 108836 104278 106364 107010 107502 108418 109380

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180615/3